

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Doppelhaushalt 2024/2025 – Ein zukunftsfähiges Saarland mit einer erfolgreichen Strategie für eine nachhaltige Entwicklung

Der Landtag wolle beschließen:

Die CDU hat in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich zu einer positiven Gesamtentwicklung des Saarlandes und seiner Kommunen beigetragen. Nur Dank einer soliden, vorausschauenden und generationengerechten Finanzpolitik konnten die Konsolidierung des Landeshaushaltes erfolgreich vorangetrieben sowie die Schuldenbremse eingehalten werden. Diesen eingeschlagenen Weg gilt es im Sinne der Eigenständigkeit des Saarlandes sowie nachfolgender Generationen fortzuführen. Eine wirksame und gezielte Ausgabenpolitik sichert die notwendigen Zukunftsinvestitionen in unser Land und unsere Städte und Gemeinden. Die Herausforderungen sind riesengroß: Die Bewältigung des Klimawandels, der Strukturwandel unserer Saar-Wirtschaft, die Sicherung bezahlbarer Energiepreise sowie eine auskömmliche Energieverfügbarkeit, der Erhalt einer flächendeckenden Krankenhauslandschaft sowie ambulanten medizinischen Versorgung und nicht zuletzt ein auf Qualität und Leistung basierendes Bildungssystem.

Die SPD-geführte Landesregierung reagiert auf die bedeutenden Herausforderungen unprofessionell. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds des Bundes hat erhebliche Auswirkungen auf das Saarland. Die Anhörung von Experten im Haushaltsausschuss des Landtages hat gezeigt, dass der Transformationsfonds bzw. Schuldenfonds den seitens des Bundesverfassungsgerichtes formulierten Anforderungen nicht genügt und verfassungswidrig ist. Damit ist die Gefahr groß, dass wichtige Mittel für den Strukturwandel durch handwerkliche Fehler der Landesregierung nicht sauber abgesichert sind. Durch das Handeln der Landesregierung stehen die notwendigen Investitionen in den Umbau unserer Stahlindustrie hin zu „grünem Stahl“, die Gelder für Ford in Saarlouis, Wolfspeed und S-Volt auf tönernen Füßen.

Der vorgelegte Doppelhaushalt 2024 und 2025 der SPD-geführten Landesregierung erfüllt die Hoffnungen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht. Es fehlt an konkreten Zukunftsvisionen. Wichtige Politikbereiche wie Sicherheit, Bildung und Wirtschaft kommen deutlich zu kurz. Stattdessen werden „Guddzjer“ verteilt.

Die CDU-Landtagsfraktion setzt daher im Rahmen des Wettbewerbs um die besten Ideen und Lösungen für unser Land folgende Schwerpunkte im Haushalt 2024 und 2025:

### **Wirtschaft stärken, Mittelstand unterstützen, Start-Ups fördern**

Die Saar-Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Die Unternehmen haben es mit multiplen Krisen zu tun. Es gilt die angeschlagene Wirtschaft inmitten zahlreicher Unsicherheiten zu stabilisieren. Insbesondere der Mittelstand und Start-ups erfahren bisweilen eine geringe Unterstützung durch die SPD-geführte Landesregierung, was die wirtschaftliche Erholung weiter erschwert. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, Strategien zu entwickeln, um die Belastung für Unternehmen zu minimieren, Investitionen zu fördern und ein unterstützendes Umfeld für den Mittelstand sowie aufstrebende Start-ups zu schaffen. Nur durch gezielte Maßnahmen kann dazu beigetragen werden, die Wirtschaft zu stärken und die Grundlage für eine nachhaltige und erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zu legen.

Wir fordern ein Start-up Programm aus dem Kernhaushalt aufzulegen und dieses mit insgesamt 100 Millionen Euro an Landesmitteln (5 Jahre à 20 Mio. € aus dem Kernhaushalt) auszustatten sowie zusätzlich für private Anleger zu öffnen. Ein Euro Landesgeld kann potenziell vier Euro an privatem Geld anstoßen. Damit bietet ein solcher Anschub durch das Land das Potenzial, bis zu 500 Millionen Euro für ein lebendiges Gründer-Ökosystem zur Verfügung zu stellen. Weiterhin fordern wir ein landesweites Förderprogramm aufzulegen, um die Betriebe im Saarland in dieser Zeit zu unterstützen und Investitionen zu fördern und zu ermöglichen. Erneut zeigt sich, dass die Wirtschaftspolitik der SPD viel zu einseitig ist und sich fast ausschließlich auf die Großindustrie konzentriert, während Mittelstand, Handwerk und auch Startups zu kurz kommen.

### **Keine Freiheit ohne Sicherheit**

#### **Klares Bekenntnis zu einem starken und wehrhaften Rechtsstaat: Mehr Personal für Polizei und Justiz**

Ohne Sicherheit keine Freiheit. Eine effektive Gefahrenabwehr und die Durchsetzung von Recht und Ordnung sind hierbei unerlässlich. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine Erhöhung des Personals im Bereich der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden unumgänglich. Wir wollen jedes Jahr insgesamt 150 Anwärterinnen und Anwärter bei der Polizei einstellen sowie auf der Zeitachse auch mit insgesamt 100 zusätzlichen Tarifangestellten (25 pro Haushaltsjahr bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode) die

Polizistinnen und Polizisten durch die Übernahme von polizeifremden Tätigkeiten entlasten und für mehr Personal in der Fläche sorgen. Vor dem Hintergrund der geänderten abstrakten Gefährdungslage in Deutschland und auch dem Saarland wollen wir einen klaren Schwerpunkt im Bereich der Inneren Sicherheit setzen. Der Schutz und die Freiheit der Saarländerinnen und Saarländer haben für uns oberste Priorität.

Auch die saarländische Justiz steht seit Jahren unter dem Eindruck knapper Geldmittel. Trotz kleinerer Entlastungen durch den Pakt für den Rechtsstaat liegt die Belastung der Justiz weiterhin auf Rekordniveau. Aus diesem Grund ist eine konsequente Stärkung des Ressorts durch weitere Stellenschaffungen im richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst unerlässlich. Deshalb sollen in den Jahren 2024 und 2025 jeweils vier neue Richter- und Staatsanwaltsstellen geschaffen werden.

Gerade im mittleren Dienst der Gerichte und Staatsanwaltschaft herrscht ein eklatanter Personalmangel, der sich erheblich auf den Geschäftsbetrieb auswirkt und bereits zu einer massiven Verlängerung der Verfahrensdauer führt. Um hier entgegenzuwirken, sollen in den Jahren 2024 und 2025 jeweils 20 neue Stellen im Bereich der Serviceeinheiten geschaffen werden. Um langfristig zu einer Normalisierung der Belastung zurückzukehren, sollen auch die Ausbildungskapazitäten im mittleren Dienst massiv verstärkt werden.

Die reine Schaffung von Stellen wird allein jedoch nicht ausreichen, wenn die Rahmenbedingungen, unter denen die Justizbediensteten tagtäglich ihren Dienst verrichten, meilenweit von einer echten Wertschätzung entfernt sind. Aus diesem Grund fordern wir die Einführung eines Erschwernis- und Fahrtkostenzuschusses für alle Rechtspflegeranwärter, die Erhöhung des Beförderungsbudgets über alle Laufbahnen hinweg und eine Angleichung der „Gitterzulage“ an die Polizeizulage. Gerade vor dem Hintergrund, dass das Saarland nach wie vor Schlusslicht im Bundesvergleich der Besoldung ist und seit Jahren mehrere Klagen zur amtsangemessenen Alimentation, u.a. vor dem Bundesverfassungsgericht, anhängig sind, ist es unerlässlich, bereits jetzt eine Haushaltsrücklage zu bilden.

Um der immer höher werdenden Arbeitsbelastung im Bereich Sicherheitsbehörden und der Justiz entgegenzuwirken und insbesondere klare berufliche Perspektiven zu ermöglichen, fordern wir eine Verstärkung und Verstetigung des Beförderungsbudgets für Polizei-, Finanz- und Justizbeamte in Höhe von 920 T€ in beiden Haushaltsjahren.

Auch für das aktuelle Tarifergebnis im öffentlichen Dienst kann nur gelten, dass das diese zeit- und wirkungsgleich auf alle Beamten, Richter und Staatsanwälte übertragen werden muss. Einen funktionierenden, modernen und effektiven Rechtsstaat gibt es nicht zum Nulltarif.

**Klares Bekenntnis gegen Antisemitismus und Judenhass  
Stärkere Unterstützung der Synagogengemeinde Saar**

Die Synagogengemeinde benötigt auf Grund der aktuellen Geschehnisse dringend verstärkte Sicherheitsmaßnahmen und mehr Unterstützung. Angesichts des zunehmenden Antisemitismus und der Bedrohungen gegen religiöse Einrichtungen ist es von höchster Priorität, die Sicherheit der Synagoge in Saarbrücken sowie der Gemeindemitglieder zu gewährleisten. Durch eine gezielte Erhöhung von Sicherheitsmaßnahmen, wie verstärkter Polizeipräsenz, moderner Sicherheitstechnologie und sensibilisierender Aufklärungsarbeit, kann ein angemessenes Schutzniveau geschaffen werden. Dies ist nicht nur entscheidend, um die Mitglieder der Synagogengemeinde zu schützen, sondern auch, um ein starkes Signal gegen Intoleranz und Hass in unserer Gesellschaft zu setzen.

Daher fordern wir die Zuschüsse an die Synagogengemeinde im Saarland für Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen.

**Kommunen und Land – Hand in Hand  
Unsere Städte und Gemeinden benötigen mehr finanzielle Mittel**

In der CDU geführten Regierungszeit wurde mit dem Saarlandpakt eine historische Entlastung für die Kommunen geschaffen, denn das Land und die Kommunen bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Die Hälfte der kommunalen Kassenkredite in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro wurde auf das Land übertragen – hierdurch haben unsere Städte und Gemeinden wieder mehr Spielraum für wichtige kommunale Investitionen erhalten. Auch in der Corona-Zeit wurden Kommunen mehrere Hundertmillionen Euro zur Bewältigung der krisenbedingten Folgen zur Verfügung gestellt. Das Motto lautet: Kommunen und Land – Hand in Hand.

Unter der gegenwärtig SPD-geführten Regierung auf Bundes- und Landesebene sehen sich die Kommunen zunehmend in einer schwierigen Situation und werden allein gelassen. Obwohl unsere Städte und Gemeinden vor einer Fülle an Herausforderungen stehen, schiebt die Landesregierung eine schnelle und konkrete Lösung vor sich her – ein Gutachten zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs lässt bereits zu lange auf sich warten. Unsere saarländischen Kommunen sind strukturell finanzschwach, es besteht die Gefahr einer erneuten Überschuldung und Abwärtsspirale.

Daher fordern wir eine Erhöhung der Mittel für die Kommunen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Eine stärkere finanzielle Unterstützung ist entscheidend, um den Kommunen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um lokale Projekte umzusetzen, Infrastrukturen zu verbessern und die soziale Versorgung zu gewährleisten.

## **Sicherung einer flächendeckenden Krankenhausversorgung im Saarland**

Die saarländische Krankenhauslandschaft und damit die gesamte Gesundheitsversorgung im Land stehen unter massivem finanziellem Druck; die finanzielle Lage aller Krankenhäuser im Saarland spitzt sich weiter dramatisch zu, nachdem die Corona-Pandemie schon erhebliche finanzielle Spuren hinterlassen hat. Neben hoher Inflationsrate laufen insbesondere die teils massiven Steigerungen der Betriebskosten für Energie, Material, Dienstleistungen und Personal aus dem Ruder. Neben diesen explodierenden laufenden Betriebskosten leiden die saarländischen Krankenhäuser darüber hinaus unter einem generellen Investitionsstau in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro. In der aktuellen Situation kann man von einer „Alarmstimmung“ bei unseren Saar-Krankenhäuser sprechen.

Wir setzen uns nachdrücklich für die Stärkung und Diversifizierung der wirtschaftlichen Grundlage der saarländischen Krankenhäuser ein. Dies beinhaltet eine Erhöhung der Investitionsmittel des Landes, um eine breitere finanzielle Basis zu schaffen. Zusätzlich fordern wir eine verlässliche Brückenfinanzierung durch den Bund, insbesondere zur Deckung der Betriebskosten bis zum Inkrafttreten der Krankenhausreform. Auch das Land darf sich diesbezüglich nicht hinter formalen Zuständigkeitsfragen zurückziehen und unsere Krankenhäuser mit den überbordenden Problemen allein lassen. Es ist von entscheidender Bedeutung, den saarländischen Krankenhausplan unverzüglich zu überarbeiten, um eine optimale Anpassung an die aktuelle Situation zu tätigen. Darüber hinaus setzen wir uns für die finanzielle und personelle Unterstützung bei der Entwicklung dezentraler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ's) ein, um eine flächendeckende und effiziente Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

## **Bessere Diagnostik und Behandlung gesundheitlicher Langzeitfolgen im Nachgang der Corona-Pandemie bei Post- und Long-Covid, ME/CFS und PostVac-Syndrom**

Laut einer aktuellen Studie litten und leiden in Deutschland mindestens eine Million Bürger unter den Folgen einer Covid-Infektion. Die vielfach empfundene Hilflosigkeit im Umgang mit der Erkrankung sowie die kräftezehrende Suche nach einer zutreffenden Diagnose und wirksamen Behandlungsmethoden verbreiteten in der ganzen Breite der Gesellschaft unermessliches Leid und Verzweiflung.

Schätzungen zufolge leiden mindestens 10 bis 15 Prozent der Erkrankten an Langzeitfolgen. Betroffene sind oft über Monate nicht arbeitsfähig, können nur erschwert am gesellschaftlichen Leben teilhaben und leiden so unter einer stark eingeschränkten Lebensqualität.

Um die Betroffenen besser zu unterstützen, fordern wir den Ausbau der Strukturen am Universitätsklinikum Homburg im Bereich Pneumologie und die Schaffung der Stelle eines Lotsen im Gesundheitsministerium, um z.B.

Patientinnen und Patienten Auskünfte hinsichtlich der richtigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und Reha-Maßnahmen erteilen zu können.

### **Modernisierung der saarländischen Bildungspolitik**

Die aktuelle Situation in unserem Bildungssystem ist alarmierend. Der anhaltende Fachkräftemangel stellt eine ernste Bedrohung dar, was durch Unterrichtsausfälle in unseren Schulen und verkürzte Öffnungszeiten in den Kindertageseinrichtungen überdeutlich wird. Dieser Zustand wirkt sich massiv auf die Qualität der Bildung aus.

IQB-Bildungstrend, PISA und andere Studien bestätigen die Hilferufe aus unseren Schulen und Bildungseinrichtungen deutlich. Sie zeigen, dass sich unser Bildungssystem in einem besorgniserregenden Abwärtstrend befindet und dringend eine echte Qualitätsoffensive erforderlich ist. Die Notwendigkeit, in die Bildung zu investieren, strukturelle Verbesserungen vorzunehmen und an verschiedenen Stellen mit klaren Konzepten und Prioritäten umzusteuern, ist deutlicher denn je. Nur so kann sichergestellt werden, dass jeder Schüler die bestmögliche Ausbildung erhält und unsere Gesellschaft langfristig davon profitiert.

Daher fordern wir eine Neuausrichtung der saarländischen Bildungspolitik wie folgt:

Die Landesregierung muss zwingend eine umfassende Fachkräfteoffensive starten, um dem sich zuspitzenden Mangel an Erzieherinnen und Erziehern in Kitas aktiv entgegenzusteuern. Das umfasst unter anderem eine Attraktivierungsstrategie des Berufes, deutliche Steigerung der Ausbildungskapazitäten und ein echtes Konzept zur Implementierung von Multiprofessionalität und zum alternativen Personaleinsatz. Vorschläge dazu gibt es auch von Seiten des KITA-Fachkräfteverbands. Wir müssen weg vom derzeitigen Zufallsprinzip hin zu einer klaren Personalstrategie. Bei weiter steigendem Bedarf an Kitaplätzen und auch Schulplätzen muss es Priorität sein, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Ideologie darf im Bereich der Fachkräftegewinnung keine Rolle spielen, deshalb fordern wir im schulischen Bereich auch die einseitige Personalpolitik zu beenden, bei der ganze Schulformen leer ausgehen und die Personalsituation auch an den Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien zu verbessern. Durch alle Schulformen hinweg muss dem alarmierenden Leistungsabfall durch eine bessere Personalisierung entgegengewirkt werden. Die rapide sinkenden Deutschkenntnisse unserer Schülerinnen und Schüler zeigen außerdem, dass wir dringend einen Kurswechsel bei der Sprachförderung brauchen. Wir fordern daher einen klaren Fokus auf frühe und konsequente Sprachförderung durch frühzeitigere Testungen, im Bedarfsfall verpflichtende Sprachfördermaßnahmen, die Wiedereinführung von Früh Deutsch Lernen und die Einführung von Willkommensklassen. Nur so können wir unseren Kindern das nötige Rüstzeug für eine erfolgreiche Schullaufbahn geben und unsere Schulen vor der völligen Überforderung bewahren.

Wesentlich ist für uns außerdem die „Investitionsoffensive Grundschulen“ mit

einem Gesamtvolumen von mind. 300 Mio. €, die nach einem festgelegten Schlüssel an alle Kommunen verteilt werden. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden kann so der Zustand der Grundschulen zügig verbessert und eine grundlegende Sanierung ermöglicht werden. Weiterhin fordern wir die Kommunen stärker bei den Herausforderungen zu unterstützen, die durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab dem Jahr 2026 auf sie zukommen. Sonst droht dieser Rechtsanspruch ähnlich wie im Kitabereich eine leere Ankündigung für die Familien im Saarland zu werden. Ebenso fordern wir eine höhere Beteiligung des Landes an den Investitionskosten für den Ausbau sowie die Beteiligung an Kosten für die Sanierung bestehender KiTas, um auch hier dem Sanierungsstau entgegenzuwirken.

### **Investitionen in Straßenbau und Gehwegsanierung**

Der schlechte bauliche Zustand der öffentlichen Infrastruktur ist vielerorts im Saarland spürbar und sichtbar. An vielen verschiedenen Stellen wird ein erheblicher Sanierungsstau deutlich. Die Landesregierung darf die Kommunen in dieser Situation nicht allein lassen. Wir fordern die vollständige Abschaffung der Kostenbeteiligung der Anlieger beim Gehweg- und Straßenausbau, um die Bürger finanziell zu entlasten und den Kostendruck auf Wohneigentum zu vermindern. Gleichzeitig erhalten die betroffenen Städte und Gemeinden aus Landesmitteln Sonderzuweisungen für den Wegfall der Ausbaubeiträge.

### **Verkehrssicherheitsprogramm „Unser Stroß im Dorf“**

Die Landesregierung hat in 2022 ein Verkehrssicherheitsprogramm für das Saarland erarbeitet. Zur Umsetzung konkreter Maßnahmen fordern wir die entsprechenden Mittel in den Haushalt aufzunehmen, was die SPD-Landesregierung bisher versäumt hat. Eine konkrete Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit insbesondere in innerörtlichen Durchgangsstraßen soll das Projekt „Unser Stroß im Dorf“ sein. Mit dem Projekt wollen wir Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit und des Lebenswerts innerörtlicher Durchgangsstraßen in Zusammenarbeit mit den Kommunen verwirklichen.

### **Die Verkehrssicherheit im Saarland erhöhen – für weniger Verkehrstote und Schwerverletzte**

Im Januar 2022 präsentierte die Landesregierung das "Verkehrssicherheitsprogramm für das Saarland Vision Zero". Unter dem Leitspruch "Saarland – miteinander sicher mobil!" verfolgt dieses Programm das ambitionierte Ziel, die Anzahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten auf saarländischen Straßen erheblich zu reduzieren und langfristig das Gesamtziel "Vision Zero – keine Toten oder Schwerverletzten im Straßenverkehr" zu erreichen. Die CDU-Landtagsfraktion fordert, dass in den Jahren 2024 und 2025 jeweils 100.000 Euro bereitgestellt werden, um eine effektive Umsetzung dieses Programms zu gewährleisten.

### **Ein Landesentwicklungsplan, der die Entwicklung unseres Landes steuert und nicht verhindert**

Die Regelungen der Landesplanung müssen unseren Kommunen auch in Zukunft ausreichend Gestaltungsspielräume für Gewerbe- und Industrieansiedlungen, aber auch für den privaten Wohnungsbau gewähren. Bevor neu gebaut wird, hat die innerörtliche Entwicklung Vorrang. Hierfür benötigen die Kommunen sowohl in finanzieller als auch in rechtlicher Hinsicht eine bessere Unterstützung vom Land, um etwa durch Ankauf und Abriss innerörtliche Entwicklung zu ermöglichen. Zugleich müssen auch kleinere Neubaugebiete im Rahmen von Arrondierungen und sinnvolle Siedlungsabschlüsse möglich sein. Niemand muss sich dafür schämen, wenn er seinen Traum vom Eigenheim verwirklichen will. Gerade für viele Familien im Saarland ist das Eigenheim finanzielle Absicherung und Altersvorsorge – und soll das auch in Zukunft sein. Der neue Landesentwicklungsplan darf daher kein Landesverhinderungsplan werden.

### **Den Klimaschutz im Saarland voranbringen: Gemeinsame Verantwortung und klare Maßnahmen**

Der Klimaschutz ist entscheidend, damit Mensch, Tier und Natur gemeinsam harmonisch existieren und auch kommende Generationen ein gutes Leben führen können. Es ist aber nicht nur der Klimaschutz zu beachten, der darauf abzielt, die Ursachen des Klimawandels zu mindern, sondern auch die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Diese umfassen Schritte und Strategien, die darauf abzielen, Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft besser vor den unvermeidlichen Veränderungen des Klimas zu schützen.

Die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien gegen den Klimawandel erfordert jedoch finanzielle Mittel. Es handelt sich dabei um langfristige Investitionen, die nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch einen nachhaltigen Mehrwert bieten. In diesem Zusammenhang gewinnen Kommunen eine immer größere Bedeutung, was sich durch die Verpflichtung zur Erstellung einer Kommunalen Wärmeplanung gemäß dem Gebäudeenergiegesetz oder durch das kürzlich im Saarland verabschiedete Saarländische Klimaschutzgesetz zeigt.

Angesichts dieser Entwicklungen setzt sich die CDU-Fraktion im Landtag dafür ein, gezielt kommunale Projekte zur Sicherheit vor den Folgen des Klimawandels zu fördern. Unser Vorschlag sieht vor, jeweils 10 Mio. Euro im Jahr 2024 und 2025 für diese Projekte bereitzustellen. Gleichzeitig appellieren wir an die SPD-geführte Landesregierung, aktiv Gespräche mit Rheinland-Pfalz zu suchen, um eine gemeinsame Beratungsmöglichkeit für Städte und Gemeinden zu schaffen. Nur durch gemeinsame Anstrengungen von Land und Kommunen können wir im Saarland eine nachhaltige und zukunftsorientierte Klimapolitik vorantreiben.

**Gemeinsam für Tiere - den Tierschutz nachhaltig fördern**

Der Schutz und das Wohl von Tieren sind nicht nur ethische Prinzipien, sondern eine gesellschaftliche Verantwortung, die im Saarland ernst genommen werden muss. Unsere Region beheimatet engagierte Menschen und Organisationen, die sich unermüdlich für das Tierwohl einsetzen. Doch um diesen Einsatz zu intensivieren und nachhaltig zu gestalten, bedarf es auch finanzieller Unterstützung.

Die Tierheime im Saarland sind in die Jahre gekommen und benötigen dringend zusätzliche Kapazitäten. Es ist von essenzieller Bedeutung, dass das Land nicht nur den bereits strapazierten Kommunen die Verantwortung für die Finanzierung überlässt, sondern selbst aktiv wird. Zur Umsetzung von notwendigen Investitionsmaßnahmen in den Tierheimen sind im Jahr 2024 Mittel in Höhe von 250.000 Euro und im Jahr 2025 von 150.000 Euro erforderlich. Diese Investitionen sichern nicht nur die Tierheime, sondern stärken auch das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung gegenüber unseren Mitgeschöpfen.

Ebenso notwendig ist die finanzielle Förderung der Wildvogelauffangstation im Saarland, die eine bedeutende Rolle bei der Rettung und Pflege von Wildvögeln spielt. Um ihre wichtige Arbeit fortzusetzen, ist eine personelle Aufstockung um eine volle Stelle unerlässlich. Diese Maßnahme erfordert jährliche Kosten in Höhe von 50.000 Euro. Eine Investition, die nicht nur das Wohlbefinden der Tiere sichert, sondern auch das Engagement der Bevölkerung im Tierschutz weiter fördert.

Ein weiterer essenzieller Bestandteil des Tierschutzes ist der Tiernotruf, der im Saarland aktuell nicht existiert. Eine Wiederbelebung dieses Dienstes ist jedoch von großer Bedeutung, besonders für die schnelle Hilfe bei Haustieren. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und eine dauerhafte sowie seriöse Struktur des Tiernotrufs zu gewährleisten, ist eine Erhöhung des Mittelansatzes um 10.000 Euro im Jahr 2025 erforderlich.

**B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.